

Interview
28. April 2022

Alexander Dobrindt, CSU-Landesgruppenchef, im Gespräch mit Sandra Schulz

Sandra Schulz: Mitgehört hat Alexander Dobrindt, der CSU-Landesgruppenchef. Schönen guten Morgen!

Alexander Dobrindt: Guten Morgen, Frau Schulz!

Schulz: Lassen Sie uns starten mit der Entscheidung aus dieser Woche, die ja diesen gemeinsamen Antrag möglich gemacht hat, der heute abgestimmt und beschlossen werden soll, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Reicht Ihnen das jetzt aus, was Olaf Scholz plant?

Dobrindt: Das ist ein wichtiger Schritt. Wir haben in den letzten Tagen und Wochen gesehen, wie zerstritten die Ampel war über die Frage, wieviel Hilfe man der Ukraine leisten kann, um ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. Unser Ansinnen war, dass wir diesen Streit beenden, und wir haben deswegen einen eigenen Antrag formuliert, angekündigt, den diese Woche im Deutschen Bundestag zur Abstimmung zu stellen. Damit kam Bewegung in die Ampel-Frakturen hinein. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung und deswegen war es für uns jetzt auch klar, dass wir diesen gemeinsamen Antrag dann mittragen, in dem deutlichst formuliert ist, auch schwere Waffen, auch wenn einem das nicht leicht fällt – das kann ich gut verstehen – aber auch schwere Waffen sind jetzt notwendig, um die Ukraine zu unterstützen. Sie kämpft um ihr Überleben und da braucht sie unsere Unterstützung. Auch die Ausbildung an schweren Waffensystemen ist in diesem Antrag formuliert. Von daher: Ja, es ist jetzt der richtige Weg. Und dass er gemeinsam gegangen wird, ist ein sehr gutes Zeichen aus der Mitte dieses Parlaments heraus.

Schulz: Gebhard-Panzer – im Moment wird nach der Munition ja noch gesucht – als erster Schritt, oder reicht das jetzt erst mal?

Dobrindt: Das ist immer auch ein erster Schritt, dass jetzt Luftabwehrpanzer zur Verfügung gestellt werden. Anderes militärisches Gerät ist möglich. Alles was unterhalb eines Kriegseintrittes ist, das muss auch möglich sein. Das heißt, andere Waffensysteme sind da durchaus denkbar. Da geht es aber nicht nur darum, dass aus der Bundeswehr heraus geliefert werden kann, sondern dass auch aus der deutschen Industrie heraus direkt geliefert werden kann. Auch dafür müssen die entsprechenden Entscheidungen dann in der Bundesregierung getroffen werden, ohne dass wir uns jetzt in einen Überbietungswettbewerb hineinbegeben, was die Waffensysteme angeht. Das ist etwas, was die Bundesregierung, was das Verteidigungsministerium auch mit der ukrainischen Seite zu besprechen hat.

Schulz: Das ist ja die Krux. Wie kann dieser Überbietungswettbewerb denn vermieden werden?

Dobrindt: Wir haben ja genau deswegen auch das Interesse gehabt, dass es einen gemeinsamen Antrag gibt, in dem man formuliert, wie das Ziel ist, nämlich die Unterstützung der Ukraine, um ihr Recht auf Selbstverteidigung auch entsprechend wahrzunehmen nach diesem brutalen Überfall von Putins Seite, ohne jetzt jedes Detail jeder einzelnen Waffengattung zu benennen. Das ist etwas, was ja, wie wir leider bei zunehmender Verschärfung des Krieges mit dieser Brutalität auch gegen die Zivilbevölkerung sehen, das ist ein dynamischer Prozess und da muss man sich mit denen auseinandersetzen, die entsprechend die Erfahrungen haben, die das Material kennen, die die Lieferfähigkeit beurteilen können und die auch dann darüber urteilen können, wie dieses Material eingesetzt werden kann.

Schulz: Herr Dobrindt, Sie haben uns gerade gesagt, dass Sie den Streit beenden wollten in der Ampel-Koalition. Das klingt recht nobel. Die Koalition selbst sagt, es habe gar keinen Streit gegeben, sondern es habe kritische Stimmen an Olaf Scholz gegeben. Speziell aus der SPD heißt es, dass Scholz im Prinzip genau das gemacht hat, was er von Anfang an angekündigt hat, alle schwierigen

Fragen abzustimmen, abzuwägen, alles zu besprechen mit den Partnern, hektische Bewegungen zu vermeiden. Genau das hat er doch gemacht.

Dobrindt: Der Streit wurde doch öffentlich ausgeführt in den letzten Wochen. Wenn ich an die Kolleginnen Strack-Zimmermann denke, die jeden Tag darüber gesprochen hat, dass im Kanzleramt Hütchenspieler sitzen, dass nicht gehandelt wird, wenn Toni Hofreiter davon gesprochen hat, dass das Problem im Kanzleramt sitzt, wenn ständig Rufe kamen aus Teilen der Ampel, dass man Waffen liefern will, aber die Verteidigungsministerin gesagt hat, nein, Waffen werden nicht geliefert. Wir erleben diesen Streit alle und das seit Wochen, und unser Ansinnen war, dass die Ankündigungen des Bundeskanzlers in seiner Rede, die jetzt über acht Wochen übrigens her ist, zur Zeitenwende, dass da auch politisches Handeln danach entsprechend folgt. Zeitenwende heißt auch, dass man sich diesen Herausforderungen stellt, die Russland uns in der Ukraine bietet, diesen brutalen Krieg, und dazu gehört zum einen die weitere Unterstützung und zum anderen die Entscheidungen, was die eigene Fähigkeit anbelangt, die Debatte, die wir ja auch gestern geführt haben, wie gehen wir mit diesen 100 Milliarden und dem Zwei-Prozent-Ziel um.

Schulz: Es gab ja unterschiedliche Begründungen aus der SPD für die Nicht-Entscheidung. Eine trifft einen ganz wichtigen Punkt, nämlich die Frage nach dem Zustand der Bundeswehr. Da hören wir noch mal, was Verteidigungsministerin Lambrecht gestern im Bundestag gesagt hat.

O-Ton Christine Lambrecht: „Das ist über Jahre hinweg zusammengespart worden, so dass Inspekture der Bundeswehr darüber reden, dass wir blank sind. Das mag zugespitzt sein, aber den Kern trifft es, und damit muss endlich Schluss sein.“

Schulz: Wir wissen, in wessen Hand das Verteidigungsressort über anderthalb Jahrzehnte war. Sie haben jetzt an der Stelle die Chance, Selbstkritik zu üben.

Dobrindt: Vielen Dank! – Es stimmt, es ist auch nicht alles richtig gemacht worden in der Vergangenheit. Ich weiß aber auch sehr genau, dass ich und auch die CSU gerade in der letzten Wahlperiode stark kritisiert haben, dass es einen Nachholbedarf gibt und wir dieses Zwei-Prozent-Ziel erreichen müssen und deswegen den Verteidigungshaushalt aufbauen müssen, weil wir sonst in Fähigkeitslücken hineinkommen, die auch dann dazu führen, dass wir unseren Bündnisverpflichtungen nicht nachkommen können. Und es lag damals an unserem Koalitionspartner, an der SPD, die jahrelang nicht bereit war, das zwei-Prozent-Ziel aufzunehmen in die Entscheidung, die beispielsweise die Bewaffnung von Drohnen auch verhindert hat, die eine Debatte darüber geführt haben, dass man nicht weiter in die Bundeswehr investieren muss. Übrigens hat auch an der Stelle nicht nur die SPD und nicht nur die Union Mitverantwortung. Die Anträge der Grünen aus der Vergangenheit sind unzählig, die davon gesprochen haben, dass wir die nukleare Teilhabe abschaffen müssen, dass wir nicht mehr in die NATO investieren sollen oder in unseren NATO-Beitrag investieren sollen. Frau Baerbock hat im letzten Jahr noch gesagt, das Zwei-Prozent-Ziel sei absurd. Alle müssen sich damit auseinandersetzen, dass zu wenig investiert worden ist – nicht immer aus böser Absicht oder aus böser Absicht gar nicht, würde ich jetzt mal niemanden auch der Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen unterstellen, aber aus einer falschen Vorstellung, dass sich die Welt verändert hat und dass die Friedensdividende besteht, die darin rührt, dass wir nicht so viel mehr in Verteidigung investieren müssen. Jetzt müssen alle erkennen, dass Abschreckung weiterhin auch ein Mittel der Diplomatie bleiben muss, und das kann man nur, indem man selber wehrfähig ist.

Schulz: Dann dreht sich die nächste Debatte ja um das geplante sogenannte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, das Olaf Scholz plant. Dafür braucht die Koalition ja auch Ihre Stimmen, die Stimmen aus der Union, weil das für die verfassungsändernde Mehrheit nötig ist. Sie haben gestern im Bundestag gesagt, das was jetzt vorliegt, da können Sie nicht mitgehen. Warum?

Dobrindt: Es gibt sehr klare Ankündigungen vom Bundeskanzler in seiner Rede zur Zeitenwende. Das war einmal die Zurverfügungstellung von 100 Milliarden für die Bundeswehr und dann die Übererfüllung, die jährliche Übererfüllung des Zwei-Prozent-Zieles. Das was jetzt vorgelegt worden ist von der Koalition, erfüllt weder das eine, noch das andere. Die 100 Milliarden werden nicht ausschließlich für die Befähigung der Bundeswehr ausgegeben, sondern da geht es um andere Dinge auch noch, und wir haben gestern der Koalition mitgeteilt, Krisenprävention und andere Elemente müssen aus dem regulären Haushalt finanziert werden. Die 100 Milliarden stehen für die Bundeswehr, für die Streitkräfte zur Verfügung, um die Fähigkeitslücken, die ja beklagt werden, auch entsprechend zu schließen, und nicht für andere Dinge.

Schulz: Herr Dobrindt, genau das hat die Ampel oder haben die Vertreter und Vertreterinnen der Ampel gestern versichert, dass es wirklich genau darum geht. Annalena Baerbock, die Außenministerin hat gesagt, humanitäre Hilfe ist auch wichtig, wird aber keinesfalls aus diesem Topf kommen. Wenn Ihnen diese Zusicherungen, diese Zusagen zu vage sind und Sie da nicht zusammenkommen mit der Ampel, würden Sie das Projekt dann eher scheitern lassen?

Dobrindt: Erst mal muss ich widersprechen. Sie hat das genau nicht versichert im Deutschen Bundestag, sondern sie hat explizit auch von anderen Dingen gesprochen, die finanziert werden sollen, genauso wie sie das Zwei-Prozent-Ziel abgelehnt hat in ihrer Rede im Deutschen Bundestag und gesagt hat, ja, das kann auch unter zwei Prozent sein in manchen Jahren. Das entspricht aber nicht dem, was vereinbart, oder dem, was der deutsche Bundeskanzler angekündigt hat. Wir stehen auf der Seite des deutschen Bundeskanzlers an dieser Stelle und wollen genau diese beiden Punkte erfüllen. Teile der Ampel wollen das nicht.

Schulz: Herr Dobrindt, ich habe die Rede auch gehört. Sie hat auch gesagt, dass das auch mal in einem Jahr übererfüllt werden kann. Das Argument zu diesem zwei-Prozent-Ziel war, dass sie gesagt hat, es ergibt keinen Sinn, das ins Grundgesetz reinzuschreiben. Das waren eigentlich keine Fragezeichen an dem Ziel als solchem.

Dobrindt: Doch, waren es schon. Es hat niemand gefordert, es ins Grundgesetz reinzuschreiben, sondern wir haben gesagt, wir wollen genau das einhalten, dass wir jedes Jahr die zwei Prozent übererfüllen – Punkt! Das ist das, was der Bundeskanzler gesagt hat. Das wollen wir erfüllt haben. Frau Baerbock will es nicht. Wir wollen, dass es geregelt wird und wir da hinkommen. Und bei den 100 Milliarden: Wenn die Ampel der Meinung ist, dass es richtig ist, diese 100 Milliarden in die Streitkräfte hineinzul investieren, und Sie der Meinung sind, Frau Baerbock will das auch, dann wird die Lösung ja nicht so schwer sein, nämlich dann schreiben wir ins Grundgesetz rein, diese 100 Milliarden stehen den Streitkräften zur Verfügung, und das ist momentan noch nicht vorgeschlagen.

Schulz: Herr Dobrindt, ganz kurz die Klarstellung. Es geht mir gar nicht darum, meine Meinung darüber zu sagen, was Frau Baerbock gesagt hat, sondern ich habe das noch mal zusammengefasst, was sie gesagt hat. – Noch mal ganz knapp die Frage: Diese 100 Milliarden Euro, das wäre sicherlich für die Bundeswehr jetzt auch ein wichtiges Signal, dass man da Rückhalt hat. Aber der Rückhalt der Union ist jetzt noch ein bisschen wackelig?

Dobrindt: Nein! – Im Gegenteil! – Wir stehen zu diesen 100 Milliarden und zu dieser Investition in die Streitkräfte. Aber sie muss gesichert sein. Wenn sie gesichert sind, dann gibt es mit uns eine gemeinsame Lösung. Wenn dies nicht gesichert ist – und der aktuelle Entwurf sichert das nicht – dann sind wir noch weit, weit weg von einer Lösung.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.